

## 5 Zwischenresümee

Ob und wie Geld(politik) sich auf Output und Beschäftigung auswirkt – die Erklärung dieser Frage verlangt eine Theorie der Interaktion zwischen Geld- und Realsphäre. Der neoklassische Monetarismus interpretiert diese Frage dahingehend, das Neutralitätspostulat mit den kurzfristigen Wirkungen des Geldes zu versöhnen. Auffallend an der Argumentation des neoklassischen Monetarismus ist, dass sie an die Fundierung der Phillipskurve gekoppelt ist.

Die neoklassische Synthese mit dem Appendix der Phillipskurve hat an einen stabilen Trade-off zwischen Inflationsrate und Arbeitslosigkeit geglaubt und postuliert, dass die Wirtschaftspolitik beliebige Kombinationen dieser Größe realisieren kann, wobei die gegen höhere Beschäftigung eingetauschte Inflation als konstant und daher als unproblematisch angesehen wurde.

Eine Stabilität der Phillipskurve wurde jedoch von dem neoklassischen Monetarismus, sowohl vom Typ Friedman (Monetarismus I) als auch vom Typ Lucas (Monetarismus II), bestritten. Friedman hat aufgezeigt, dass es sich bei der Phillipskurve um eine neoklassische Arbeitsmarkttheorie mit Geldillusion handelt, wobei die Stabilität der Phillipskurve an die Konstanz der Inflationserwartungen gebunden ist. Über die Annahme der adaptiven (im Monetarismus I) oder der rationalen Erwartungsbildung (im Monetarismus II) wurde herausgestellt, dass sich die Phillipskurve parallel zu den Inflationserwartungen verschiebt und dass die Phillipskurve langfristig vertikal zu der natürlichen Arbeitslosenquote verläuft, die als einziges Gleichgewicht der Ökonomie durch die monetären Faktoren nicht zu beeinflussen ist.

Der neoklassische Monetarismus verteidigt damit das Kernargument der Quantitätstheorie: Geld ist neutral, und eine Geldmengenänderung resultiert ausschließlich in einer Änderung des nominalen Preisniveaus – ohne Beschäftigungsimpulse.

Andererseits fordert das von Lucas so genannte Hume-Problem den neoklassischen Monetarismus heraus. Er hat diese Herausforderung mit den „story of mistake“ beantwortet. Im Modell Friedmans ergibt sich eine negativ geneigte Phillipskurve, deren Existenz für den neoklassischen Monetarismus mit den realen Wirkungen der monetären Impulse gleichbedeutend ist, aus den adaptiven Erwartungen. Diese Wirkungen sind jedoch temporär, weil der Erwartungsfehler langfristig korrigiert wird, wobei der Realkasseneffekt für die Wiederherstellung des Gleichgewichts sorgt. Friedman transformiert somit die Dichotomie zwischen Geld- und Gütersphäre in der Quantitätstheorie

in eine Dichotomie zwischen langfristiger Neutralität und kurzfristiger Nicht-Neutralität des Geldes. Im Modell von Lucas leitet sich der Trade-off zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit aus der unvollkommenen Information her. Während antizipierte Geldmengenänderungen auch kurzfristig neutral sind, weil die rational agierenden Wirtschaftssubjekte ihre Konsequenzen entsprechend der Quantitätstheorie simulieren können, hat die nichtantizipierte Geldmengenänderung aufgrund des Prognosefehlers Wirkungen auf Beschäftigung und Output. Lucas und die Neuklassik haben damit das Verhältnis von langer vs. kurzer Frist im Monetarismus I in das Verhältnis von Antizipierbarkeit vs. Nichtantizipierbarkeit transformiert.

Trotz der feststellbaren kurzfristigen Phillipskurve schließt der neoklassische Monetarismus die Fähigkeit der Geldpolitik zur Stabilisierung von Output und Beschäftigung aus. Ein Versuch, es dennoch zu tun, würde letztlich nur in akzelerierender Inflation ohne reale Ergebnisse resultieren. An dieser Stelle sind zwei Punkte hervorzuheben.

Der erste Punkt bezieht sich auf die Erklärung der Inflation und ihre Implikation für die Geldpolitik. Während der traditionelle Keynesianismus die Inflation auf die die Überschussnachfrage zurückführt, fasst der neoklassische Monetarismus sie als ein monetäres Phänomen auf. Demnach hat eine Erhöhung des Geldangebots einen direkten Effekt auf das Preisniveau, wobei der Realkasseneffekt die Wirkung der Geldmenge auf das Preisniveau vermittelt. Die Implikation ist erstens, dass die Geldpolitik ausschließlich auf die Gewährleistung der Preisniveaustabilität ausgerichtet werden soll, weil die Inflation störend für die reale Ökonomie wirkt. Zweitens soll die Geldpolitik der Zentralbank an eine Regel gebunden werden, weil der Schurke im Stück bei der Inflation (oder der Deflation) die diskretionäre Zentralbank (sprich: Zeitinkonsistenzproblem) ist. Aus diesem Grunde konzipiert der neoklassische Monetarismus die Geldpolitik als Geldmengensteuerung. Hinter dieser Argumentation steckt freilich die Vorstellung, dass das Geld die Quelle der Störungen sei, die die Gütersphäre zu verarbeiten hat. Die Fixierung auf die Preisniveaustabilität birgt jedoch die Gefahr, einen beginnenden Aufschwung frühzeitig abzuwürgen und damit hohe Arbeitslosigkeit unnötigerweise zu akzeptieren.

Der zweite Punkt ist die Erklärung der Arbeitslosigkeit. Der neoklassische Monetarismus stellt auf das walrasianische Vollbeschäftigungsmodell ab. Das Konzept der natürlichen Arbeitslosenquote impliziert, dass die Arbeitslosigkeit im Wesentlichen freiwilliger Natur ist. Sie hat mit den freiwilligen Suchprozessen oder mit der freiwilligen Abwägung zwischen Freizeit und Arbeit zu tun. Egal wie hoch die gegenwärtige Arbeitslosenquote ist, legt der theoretische Zugang nahe, sie als Vollbeschäftigung zu interpretieren. Wenn überhaupt von Arbeitslosigkeit die Rede ist, wird sie entweder dadurch hervorgerufen, dass beim Gleichgewichtslohnsatz die Freizeit höher bewertet wird als das

mit Arbeit erzielbare Einkommen. Sie ist also freiwillig. Oder sie entsteht, weil sich der Gleichgewichtslohnsatz aufgrund der verzerrten Lohnbildung (z.B. der gewerkschaftlichen Lohnsetzung) nicht einstellen kann. Aus diesem Grunde argumentiert der neoklassische Monetarismus (und die Angebotstheorie), dass die Arbeitslosigkeit nicht durch die Makropolitik reduziert werden kann. Sie ist allein durch mikroökonomische bzw. strukturelle Maßnahmen zu senken, die die anreiz- und kostenmäßigen Verzerrung auf dem Arbeitsmarkt beheben. Die Losung lautet „Flexibilisierung der Lohn- und Arbeitsmarktstruktur“. In diesem Kontext ist hervorzuheben, dass die natürliche Arbeitslosenquote die Grenze der Geldpolitik markiert. „Mit dem Etikett ‚natürliche‘ wird die Existenz – zumindest dieser Form – von Arbeitslosigkeit entzaubert und ihre Bekämpfung zum Kampf gegen Windmühlenflügel stilisiert“ (Heise 1996: 143).

Unsere Schlussfolgerung ist, dass die Argumentation des neoklassischen Monetarismus im Grunde auf der arbeitsmarktzentrierten Sichtweise beruht. Ein tiefliegender Grund dafür ist seine tauschökonomische Konstruktion. Die Theoriebildung der Tauschökonomie charakterisiert sich dadurch, dass Geld erst thematisiert wird, nachdem die Funktionsweise der Ökonomie bereits aus dem Gütermarktsystem konstruiert ist. Geld wird dann nachträglich als modifizierendes oder gleichgewichtsstörendes Moment in die Theorie eingefügt (Hein 2003). Die Geldsphäre wird somit als ein Anhängsel des Gütermarktsystems betrachtet. Damit einher geht die phänomenologische Geldauffassung: Geld wird entweder atemporal über seine Tausch- oder intertemporal über die Wertaufbewahrungsmittelfunktion begriffen, die nur eine dienende Rolle gegenüber den realwirtschaftlichen Vorgängen haben. Geld ist ein Schleier, der weggezogen werden muss, um zu den fundamentalen Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie zu gelangen. Geld ist kein operativer Faktor für die individuellen Entscheidungen (Keynes 1933a).

Die tauschökonomische Konstruktion des neoklassischen Monetarismus entspringt im Wesentlichen aus zwei Punkten: der Fixierung auf die Erstausstattung an Ressourcen („basic endowment“) zum einen und der Fixierung auf die exogene Geldmenge zum anderen. Der erste bezieht sich auf das walrasianische Gleichgewichtsmodell, das den Referenzrahmen für den neoklassischen Monetarismus bildet; der zweite auf die Quantitätstheorie, die die monetäre Seite des walrasianischen Gleichgewichtsmodell erfasst und vom neoklassischen Monetarismus analytisch weiter ausgeformt wird.

Die Ressourcenausstattung fungiert als die Budgetrestriktion des Marktsystems und bestimmt damit den Gehalt des Forschungsprogramms der neoklassischen Ökonomie.<sup>65</sup> Die Vorgabe der Ressourcen charakterisiert die neoklassische Allokationstheorie als Effizienztheorie, wobei die Allokationslösung die Knappheit ist (Riese 1990: 20).<sup>66</sup> Dieser Umstand genügt für die Herleitung des walrasianischen Vollbeschäftigungsgleichgewichts. Alle Ressourcen sind annahmegemäß knapp und tauschfähig, so dass immer ein Preis existiert, der die Transaktion ermöglicht. Dies impliziert, dass das Einkommen ein Äquivalent des bewerteten Angebots an Ressourcen ist. Es ist damit zwingend, dass der Haushalt, der über die Ressourcen verfügt, seine Budgetrestriktion ausschöpfen wird, wenn er irgendein Gut nachfragen will. Das heißt, er wird wertmäßig genauso viel nachfragen, wie er anbieten möchte. Es handelt sich hier um die „notional“ Pläne, wie Clower (1963) herausarbeitet.

Weiterhin postuliert der neoklassische Monetarismus die exogen vorgegebene Geldmenge, wie dies Friedmans Parabel des geldabwerfenden Hubschraubers oder die neoklassische Annahme über den „lump-sum transfer“ illustriert. Sie ist die logische Konsequenz des Erstausstattungskonzepts und der Dichotomie zwischen Geld- und Gütersphäre. Das Postulat einer exogen fixierten Geldmenge katapultiert jedoch das Geldangebot aus dem ökonomischen Prozess. Dementsprechend wird die Zentralbank als monetäre Autorität, also als omnipotenter Träger des monetären Prozesses, stilisiert. Hierin liegt der entscheidende Grund für das wirtschaftspolitische Ziel-Mittel-Denken, dem der traditionelle Keynesianismus auch unterliegt. Die fehlende Markttheorie des Geldangebots verbietet ferner dem neoklassischen Monetarismus, eine monetäre Zinstheorie zu formulieren.

Der neoklassische Monetarismus erklärt den Zins mit der Zeitpräferenz, wonach der Zins der Preis für den Konsumverzicht ist.<sup>67</sup> Der Zins ist somit gütermarktbezogen, weil er über die Steuerung

---

<sup>65</sup> Nach Hahn (1984: 354) besteht der „harte Kern“ der neoklassischen Ökonomie aus: „(a) an economy is fully described by the preference and endowment of agents and by the production sets of firms; (b) all agents treats prices parametrically (perfect competition); and (c) all agents are rational and given prices will take that action (or set of actions) from amongst those available to them which is best for them given their preference.“

<sup>66</sup> Keynes (1936: Chap. 2) hat daher der neoklassischen Ökonomie vorgeworfen, dass sie dadurch nicht in der Lage sei, das Beschäftigungsniveau zu bestimmen. Riese betont wiederholt, dass eine Beschäftigungstheorie erst durch die Loslösung von der Erstaussstattung formulierbar sei.

<sup>67</sup> Aus dieser Zinserklärung folgert die neoklassische Ökonomie die irrige Annahme, dass Sparsamkeit und Konsumverzicht die Grundlage für Akkumulation und Wohlstandsentwicklung seien.

von Sparen und Entsparen bestimmt wird.<sup>68</sup> Dabei wird der Gleichgewichtszins als derjenige deduziert, der Sparen und Investieren ins Vollbeschäftigungsgleichgewicht bringt. Er ist der „natürliche Zinssatz“ im Wicksellschen Sinne und als Realzinssatz verstanden, an dem der Geldzinssatz anzupassen hat. Da Konsumtion und Sparen, dem die Investition der Unternehmen entspricht, durch die intertemporalen Entscheidungen des Haushaltes determiniert werden, strahlt die Marktkonstellation an dem Arbeits- und Gütermarkt auf die Geldsphäre aus.

Mit der Durchsetzung des neoklassischen Monetarismus ist die makroökonomische Theorie zur Vorstellung zurückkehrt, das Niveau von Output und Beschäftigung sei von „natürlichen“ Kräften determiniert. Entsprechend wird die beschäftigungspolitische Verantwortung allein der Arbeitsmarktpolitik zugewiesen. Wenn diese Schlussfolgerungen des neoklassischen Monetarismus durch seine tauschökonomische und damit arbeitsmarktzentrierte Konstruktion bedingt sind, dann ist ein Gegenentwurf zum neoklassischen Monetarismus in einer Theorie der Geldwirtschaft zu finden. Ob der Neu-Keynesianismus dieses Erfordernis erfüllt, betrachten wir im nächsten Kapitel.

---

<sup>68</sup> Dieselbe Logik liegt dem „loanable-funds“-Ansatz zugrunde. Er versucht, den Geldzinssatz aus Angebot an und Nachfrage nach ausleihbaren Fonds zu erklären und somit als Kreditphänomen zu erfassen. Er bleibt jedoch an Konsumverzicht gekoppelt, indem er Sparen als Kreditangebot und Investieren als Kreditnachfrage interpretiert.